

Mein Agrargeld gezielt für die Umwelt!

Sehr geehrte Frau Ministerin Aigner,

mit Sorge lese ich Ihre Aussagen zur Zukunft der europäischen Agrarpolitik. Sie wollen die Direktzahlungen verteidigen als eine „starke 1. Säule“ der Agrarsubventionen. Dabei sind die Umweltregeln für die Direktzahlungen derart weich, dass die intensive Landwirtschaft rund 13 Prozent der Klimaemissionen in Deutschland verursacht, maßgeblich für den Verlust der Artenvielfalt und für Nitrat im Trinkwasser verantwortlich ist. Eine Studie aus dem von Thünen-Institut Ihres Ministeriums belegt, dass Umwelt- und Tierschutzstandards in Deutschland die pauschalen Direktzahlungen nicht rechtfertigen. Ich lehne es ab, dass mein Steuergeld für pauschale Direktzahlungen verschwendet wird.

Sehr geehrte Frau Aigner, derzeit herrscht insbesondere am Milch- und Fleischmarkt Überproduktion. Die Folgen: Schlachthöfe, Molkereien und Supermärkte können die Preise in den Keller drücken. Bauernhöfe geben unter diesem Preisdruck in großer Zahl auf. In vielen Dörfern entstehen unterdessen riesige neue Ställe mit Massentierhaltungen, die oft von Konzernen finanziert werden. Wir brauchen aber keine neuen Megaställe angesichts der Überproduktion.

Sie sind sich mit der Agrarindustrie einig, dass die Agrarüberschüsse auf den Weltmarkt exportiert werden sollen. Zu der Ansicht mag man kommen in einer Exportnation wie Deutschland. Doch Sie wollen die Agrarexporte im Jahr 2010 mit Steuergeldern aus Ihrem Ministeriumshaushalt in Höhe von insgesamt 8,5 Millionen Euro unterstützen. Die EU-Kommission plant im nächsten Jahr, Hunderte von Millionen Euro aus der 1. Säule für Exportförderung auszugeben. Ich lehne es ab, dass mit meinem Steuergeld die Exportgeschäfte weniger Konzerne subventioniert werden.

Die Weltmarktpreise für Agrarprodukte liegen zumeist unter den Produktionskosten der Bauernhöfe hierzulande, sagt der Europäische Rechnungshof. Überschussproduktion und die Ausrichtung auf den Weltmarkt führen daher zu Preisdumping zum Schaden unserer Landwirte und der Bauern in Entwicklungsländern. Ihre Politik trägt zu einer verschärften Industrialisierung der Landwirtschaft, zu steigenden Klimaemissionen und zu steigender Armut bei.

Sehr geehrte Frau Ministerin, was bekomme ich für mein Steuergeld? Ich möchte klare Gegenleistungen für das Steuergeld, über das Sie in der Agrarpolitik bestimmen. Ich bin nicht bereit, für den Vorteil weniger Exportkonzerne die Nachhaltigkeit der ganzen Landwirtschaft aufs Spiel zu setzen. Ich will keine Massentierhaltungen und keine von der Industrie gesteuerte Landwirtschaft.

Bitte setzen Sie sich in Berlin und Brüssel dafür ein, dass nicht mehr produziert wird, als wir in Europa brauchen. Sorgen Sie dafür, dass unsere Nutztiere statt in Massentierhaltungen wieder naturschutzverträglich auf die Weide kommen und das Grünland somit optimal erhalten wird. Nur mit neuen, nachhaltigen Zielen und mit einer grundlegenden Umverteilung der Agrarsubventionen erreichen wir die Klima-, Arten- und Wasserschutzziele, zu denen Deutschland sich verpflichtet hat. Nur mit einer Reform der Agrarpolitik können Sie einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und mich von Ihrer Unabhängigkeit von der Agrarindustrie überzeugen.

Mit freundlichen Grüßen

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte senden Sie den Brief unterschrieben an: BUND-Niedersachsen e.V., Postfach 1106, 30011 Hannover.

Der BUND überreicht die Unterschriften gesammelt an das Ministerium.